

Die Qual der Wahl: Demokratische Wahlen im Zeichen von Autoritarismus und Populismus

Vedran Džihic

Cengiz Günay

Daniela PISOIU

Leistung erbracht im Rahmen des Kooperationsprojekts
BMLV/DIONSihPol – oiiip

Einleitung

Freie Wahlen und die Möglichkeit, sich von Regierenden ohne Blutvergießen zu entledigen, zählen zu den minimalen Kriterien einer Demokratie. Vor allem die US-amerikanische Demokratieförderung in Entwicklungsländern, an der Schwelle zwischen Autoritarismus und Demokratie, konzentrierte sich primär auf die rasche Abhaltung demokratischer Wahlen. Während die Verbreitung der Demokratie in der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges einen Höhepunkt erreichte und es weltweit noch nie so viele demokratische, durch Wahlen bestimmte Systeme gab, kann seit einigen Jahren ein globaler Rückgang in der Qualität von Demokratien beobachtet werden. Larry Diamond (2008) konstatiert, dass von den ungefähr 80 neuen Demokratien, die im Zuge der sogenannten Dritten Welle der Demokratisierung entstanden sind, dreiviertel unsicher bzw. dem Risiko ausgesetzt sind, in autoritäre Verhältnisse zurück zu verfallen. Diamond stellt dabei einen Zusammenhang zwischen dem Rückgang liberal demokratischer Werte, dem Aufstieg illiberaler, populistischer und autoritärer Tendenzen und den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 her. Diese Entwicklungen haben zwar im Besonderen, aber nicht ausschließlich neue und fragile Demokratien in der Peripherie, sondern auch entwickelte und etablierte Demokratien im Zentrum erfasst.

Auffallend ist, dass der Rückgang in der Qualität der Demokratie nicht mit der Abschaffung von Wahlen und anderen für die Demokratie essentiellen Institutionen wie Parteien einhergeht, vielmehr kann man zusehends eine Vermischung von demokratischen Prozessen und Institutionen, autoritärem Regieren, bzw. autoritärem Populismus beobachten (Ignatieff 2014). In den meisten dieser Mischsysteme spielen Wahlen eine zentrale Rolle. Sie dienen nicht nur zur Legitimierung der Regierung, sondern sind auch essentiell für die Ausverhandlung wirtschaftlicher Umverteilung. Wahlen mobilisieren die Wählerschaft und helfen eine klare Unterscheidung zwischen Freund und Feind zu treffen. Die Autoren Levitsky und Way (2002, 2010) sprechen in diesem Zusammenhang von kompetitiv autoritären Regimen. Levitsky und Way (2002) halten fest, dass politische Systeme, in denen die Regierung die staatlichen Ressourcen missbraucht, die Oppositionsparteien nicht im selben Ausmaß in den Medien repräsentiert sind, oppositionelle KandidatInnen bzw. ihre AnhängerInnen behindert oder rechtlich belangt werden, trotz regelmäßig stattfindender und weitgehend manipulationsfreier Wahlen, aufgrund der ungleichen Verhältnisse für Regierung und Opposition, als autoritär definiert werden können. In solchen Systemen gelten Wahlen als ein „Alles oder Nichts Spiel“, in dem es vor allem um die Mehrheit geht. Oppositionsparteien haben zwar reale Chancen, die Regierungspartei(en) in den Wahlen zu schlagen, aber dies bedarf einer außerordentlichen Anstrengung, der Einheit über unterschiedliche Parteien und Ideologien hinweg und auch eines gewissen Heldentums, das

weit über das, was unter normalen demokratischen Bedingungen notwendig wäre, hinausgeht (Diamond 2002).

Im Folgenden geht der Trendbericht aus unterschiedlichen Regional- und Forschungsperspektiven auf aktuelle Wahlen ein und analysiert diese hinsichtlich der Auswirkungen auf die jeweiligen politischen Systeme. Fragen nach Populismus und Autoritarismus stellen dabei einen gemeinsamen Fokus dar.

Das System Erdogan steht zur Wahl

Die Türkei gilt als ein Beispiel für einen besonders dramatischen und raschen Verfall der Demokratie. Mehrere AutorInnen bezeichnen die Türkei unter Präsident Tayyip Erdogan als ein Paradebeispiel für ein kompetitiv autoritäres Regime (bspw. Esen and Gumuscu 2017). Es finden zwar regelmäßig Wahlen statt und bis zum Verfassungsreferendum galten diese als zumindest frei vom Zweifel an Manipulationen, jedoch finden diese unter immer weniger fairen Bedingungen statt. Die Oppositionsparteien und ihre KandidatInnen haben nicht denselben Zugang zu Medien, dies gilt für staatliche sowie private Medien. So erhob die Oppositionspartei, dass während des Wahlkampfes, für die gleichzeitig am 24. Juni 2018 stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, dem Wahlbündnis der Regierung in den privaten Nachrichtenkanälen CNN Türk und NTV in 26 Tagen 70 Stunden und 13 Minuten gewidmet wurden, die Opposition nicht einmal auf die Hälfte der Zeit kam.¹ Dennoch sind die Wahlen hart umkämpft und die Oppositionsparteien können trotz der oben erwähnten Einschränkungen ihre WählerInnen durch Wahlkampfveranstaltungen erreichen und mobilisieren. Auch die sozialen Medien spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Die Zeit des Wahlkampfes ist auch deshalb besonders wichtig geworden, weil es die beinahe einzige verbliebene Arena für öffentliche Auseinandersetzungen und harte Kritik an der Regierung bzw. Präsident Erdogan darstellt. Seit den sogenannten Gezi Protesten im Frühsommer 2013 kam es zu einer zunehmenden Versicherheitlichung des öffentlichen Raumes. Ein in Reaktion auf die Proteste erlassenes Sicherheitspaket verleiht den Sicherheitskräften umfassende Vollmachten und macht seit dem öffentliche Proteste und Demonstrationen weitgehend unmöglich. Diese Entwicklungen erreichten in Folge des Putschversuches vom 15. Juli 2016 und der Ausrufung des Ausnahmezustandes einen neu-

¹ Diken 28.05.2018, www.dikem.com.tr

en Höhepunkt. Jeglicher Protest im öffentlichen Raum wird nicht nur sofort unterbunden, sondern die Protestierenden meist auch verhaftet.

Wahlen sind Teil des autoritären Systems. Sie legitimieren Präsident Erdogan und die regierende AKP nicht nur, sondern sie bieten auch ein Ventil für oppositionelle Stimmen und dienen der Mobilisierung der Wählerschaft. Die Türkei befindet sich seit 2013 mehr oder weniger in einem Dauerwahlkampf (Präsidentschaftswahlen 2014, Parlamentswahlen Juni 2015, Neuwahlen im November 2015, Verfassungsreferendum 2017 und nun vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 24. Juni 2018). Um die eigene Wählerschaft bei Stange zu halten, betrieb der Regierungsblock eine Polarisierung nach Freund-Feind Schema. Während dies bis lang relativ gut funktionierte und der regierenden AKP komfortable Mehrheiten im Parlament garantierte, haben sich nun mit der Verfassungsänderung von 2017 die Bedingungen verändert. Die vorgezogenen Neuwahlen werden den Wechsel zum Präsidialsystem abschließen. Das Parlament wird damit auf 600 Abgeordnete aufgestockt, hat allerdings weniger Möglichkeiten. Die Exekutive wandert von der Regierung und dem Premierminister zum Präsidenten und seinen Stellvertretern. Er setzt Minister ein und bestimmt auch die Ministerien. Das Parlament ist im Wesentlichen auf die Verabschiedung von durch den Präsidenten eingebrachten Gesetzen und eine Kontrollfunktion reduziert.

Ironischer Weise könnte gerade das durch Präsident Erdogan propagierte Präsidialsystem sich nun als größte Gefahr für den Fortbestand seiner Macht erweisen. Während bislang das Wahlsystem eine relative Mehrheit begünstigte und Recep Tayyip Erdogan 2002 mit 34,42 Prozent der Stimmen im Parlament eine absolute Mehrheit erzielen und alleine die Regierung stellen konnte, ging die Einführung des Präsidialsystems zum einen mit einem zweistufigen Wahlverfahren einher und zum anderen muss von nun an ein Kandidat oder eine Kandidatin mindestens 50 Prozent plus eine der abgegebenen Stimmen gewinnen. Da keine der antretenden Personen noch einer der Parteien (die Parlamentswahlen finden parallel zu den Präsidentschaftswahlen statt) die Aussicht haben die 50 Prozenthürde alleine zu schaffen, bildeten sich als Folge des neuen Systems Wahlbündnisse. Die nationalistische MHP trat vor etwas mehr als einem Jahr ein informelles Bündnis mit Präsident Erdogan und der regierenden AKP ein. Damals hatte die MHP eine radikale Kehrtwende in ihrer Politik vollzogen und war von einer harten Opposition gegen ein Präsidialsystem zu einem Unterstützer einer Verfassungsänderung umgeschwenkt. Das neue Bündnis mit der AKP verhalf der MHP allerdings zu nicht geringem Einfluss, vor allem in der Sicherheitspolitik und begünstigte die Vergabe von Posten und Ämtern an der MHP nahestehende Personen, es ging aber auch mit einem massiven Einbruch in den Umfragen und einer Parteispaltung einher. Präsident Erdogan ist der gemeinsame Kandidat des Republik Wahlbündnisses aus AKP und MHP. Während die einzelnen Oppositionsparteien für den ers-

ten Wahlgang ihre eigenen KandidatInnen ins Rennen schicken treten sie, mit Ausnahme der prokurdischen HDP, bei den Parlamentswahlen auf einer gemeinsamen Liste an. Selahattin Demirtas, der Präsidentschaftskandidat der HDP ist seit mehr als einem Jahr in Haft.

Die Umfragen gehen weit auseinander, aber zum ersten Mal seit langem scheint sich eine Mehrheit für die Opposition auszugehen. Während eine Abwahl Erdogans auch aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklungen möglich scheint, aber nicht wahrscheinlich ist, könnte die regierende AKP im Parlament die Mehrheit verlieren. Kritisch wird in diesem Zusammenhang das Abschneiden der prokurdischen HDP gewertet. Wenn sie die 10 Prozenzhürde schafft, ginge sich laut Umfragen für die AKP und MHP Liste nur schwer eine Mehrheit aus. Während die Regierung die Verfassungsänderung vor allem mit dem Hinweis auf Stabilität und Kontinuität propagiert hatte, könnte nun das Präsidialsystem der AKP zum Verhängnis werden. Es ist nicht klar, was dies für Tayyip Erdogans Präsidentschaft bedeuten würde bzw. wie er darauf reagieren könnte. Die Türkei geht mit den vorgezogenen Neuwahlen, wieder einmal unabhängig vom Ausgang dieser, unsicheren Zeiten entgegen.

Populismus in Zentral- und Osteuropa

Trotz oder vielleicht genau wegen der 50-jährigen Erfahrung mit Autoritarismus, haben Wahlen in Zentral- und Osteuropa bis heute keine autoritären Regime an die Macht gebracht. Allerdings wurden durch Wahlen rechtspopulistische, europakritische Parteien weitgehend legitimiert, und in einigen Fällen kamen rechtsextremistische und nationalistische Parteien in Regierungsverantwortung. 2017 gewann in Bulgarien die konservative „GERB/Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ Partei die Wahlen; ihr Koalitionspartner ist das Parteienbündnis „die Vereinigten Patrioten“, zu dem die rechtsextremistische Ataka Partei gehört. In Polen finden die Parlamentswahlen erst 2019 statt, allerdings sollte laut derzeitigen Umfragen die konservative, rechtspopulistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ weiterhin an der Spitze liegen. In Tschechien war der Gewinner der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2017 die rechtspopulistische Partei „Aktion unzufriedener Bürger“ (ANO). Seit den Wahlen am 8. April 2018 verfügt Ungarn mit der regierenden Fidesz, dem Ungarischen Bürgerbund und Jobbik über Europas größte rechtspopulistisch-rechtsextremistische Parlamentsmehrheit. Die zwei Ausnahmen scheinen Rumänien und die Slowakei darzustellen. Nicht nur hat in Rumänien eine sozialdemokratische Partei 2016 die Wahlen zum Parlament mit fast der Hälfte der Stimmen gewonnen, sondern die einzige rechtsextremistische/nationalistische Partei hat auch – zum wiederholten Male – nicht den Einzug ins Parlament geschafft. In der Slowakei wird die Regierung aktuell

von einer sozialdemokratischen Partei geführt, die allerdings kürzlich in Regionalwahlen erhebliche Verluste erlitt².

Die Erklärung eines allgemeinen Trends hin zu rechten Parteien und der oben erwähnten zwei Ausnahmen bedarf einer Analyse für sich. Nichtsdestotrotz können wir gewisse Hintergrundfaktoren identifizieren, die diese Entwicklungen zumindest zum Teil erläutern. Betrachtet man die Ergebnisse von Eurobarometerumfragen aus den Jahren 2010 und 2017 hinsichtlich der Frage, welches die größten Probleme der EU derzeit sind, stellt man eine bedeutende Veränderung fest. 2017 wurden europaweit Einwanderung und Terrorismus als die bedeutendsten Probleme genannt – im Unterschied zu 2010 als die wirtschaftliche Lage und Staatsfinanzen, als wichtigste Probleme genannt wurden. In den einzelnen Länderergebnissen dieser Umfragen sorgen sich die RumänInnen mehr hinsichtlich terroristischer Bedrohungen, als hinsichtlich der Einwanderung und in der Slowakei sind diese zwei Themen laut Eurobarometer gleich wichtig. In allen anderen Ländern steht die Frage der Einwanderung an der Spitze, wenn es um die Sorgen der Menschen geht.

Einwanderung ist ebenso wie Arbeitslosigkeit oder Europaskepsis ein typisches, durch rechtspopulistische Parteien bedientes Thema. Europaskepsis, scheint allerdings anders als vermutet, nicht die treibende Kraft hinter der wachsenden Populismuswelle zu sein (siehe unten). Das könnte damit zu tun haben, dass die Parteien, trotz ihrer oftmals geäußerten Kritik gegenüber der Union, grundsätzlich zur EU-Mitgliedschaft stehen und die Bevölkerungen in den Ländern weiterhin mehrheitlich pro-EU eingestellt sind. Der Globsec Trends-Bericht 2018 verzeichnet im Vergleich zum Vorjahr in den vier sogenannten „Visegrad-Staaten“ tatsächlich eine Zunahme der Unterstützung für die EU von 7 Prozent. Mehr als Zweidrittel der Bevölkerung in diesen Ländern würde demnach heute für einen Verbleib in der EU stimmen³. Die Eurobarometer Umfragen deuten hinsichtlich der größten Probleme einzelner Staaten darauf hin, dass der Faktor „Einwanderung“ alleine kaum den Aufstieg des Populismus erklären kann. Das Thema Einwanderung wird vor allem in Ungarn von 28 Prozent der Befragten als ein wesentliches Problem wahrgenommen. Die Bevölkerung in den beiden Ländern macht sich auch relativ wenig Sorgen hinsichtlich der Inflation und steigender Preise (in allen übrigen Ländern liegt der Anteil bei über 30 Prozent). Arbeitslosigkeit und Gesundheit sind weitere wichtige Themen, allerdings kann man anhand von diesen Zahlen den Unterschied zwischen den Ländern mit und ohne rechtspopulistische Kräfte an der Macht nicht erklären; es gibt keine erkennbaren Muster. Der Globsec Bericht deutet allerdings auf zwei andere interessante Entwicklungen hin. Demnach kann eine Zunahme in der Verbreitung von bewusst platzierten Fehlinformationen in sozialen Medi-

² <https://derstandard.at/2000067213596/Rueckschlag-fuer-Rechte-bei-Regionalwahl-in-Slowakei>.

³ <https://www.globsec.org/news/globsec-trends-central-europe-different-perspectives/>.

en und eine verstärkte Präsenz von Verschwörungstheorien, insbesondere bezüglich einer vermeintlichen „Weltherrschaft der Juden“ beobachtet werden. Beide Faktoren sind Prädiktoren für rechtspopulistische und rechtsextremistische Tendenzen, die anstatt oder zusätzlich zur rechtspopulistischen Thematisierung von Migration in Betracht gezogen werden müssten. Der Antisemitismus-Bericht der Europäischen Agentur für Menschenrechte verzeichnet einen starken und steigenden Trend zu Antisemitismus in zentraleuropäischen Ländern. In Tschechien stieg die Zahl von 34 (2006) auf 231 (2015), in Polen von 30 (2010) auf 101 (2016). Auch in Österreich stieg die Zahl antisemitischer Vorfälle von 46 im Jahr 2008 auf 477 im Jahr 2016.⁴

Beim diesjährigen Globsec-Forum in Bratislava, vom 17.-19. Mai 2018, beschäftigte sich ein Panel explizit mit dem Thema Populismus in der EU. Darin kamen die ExpertInnen zum Schluss, dass populistische Tendenzen in der Politik in naher Zukunft erhalten bleiben werden und dass die Bevölkerung sich verstärkt „gehört fühlen“ möchte. Für die Politik scheint die Schlussfolgerung zulässig, dass Probleme, welche für die Bevölkerung wichtig sind, konkret anzusprechen und Lösungen dafür anzubieten sind⁵. In einem Zeitalter von schnellkonsumierter Information, sollten diese darüber hinaus kurz und prägnant, aber trotzdem auch realistisch und konsequent, formuliert werden.

Wahlen als Legitimitätsmaschinen für Regime am Balkan

In den politischen Nachkriegsordnungen am Balkan wurden die Wahlen - ähnlich wie in Osteuropa - als zentrales Element des „neuen demokratischen Zeitalters“ verankert. In und durch Wahlen sollte der neugewonnene demokratische Charakter der Gesellschaften abgebildet werden. Die Abhaltung von Wahlen selbst sollte als eine zentrale Dimension der „Einübung in Demokratie“, die Versicherung gegen jegliche Form der Usurpierung der Macht der Herrschenden gegen den Willen des Volkes, darstellen. Insbesondere in Bosnien und Herzegowina implementierte man – stark unter dem Druck der USA – nach dem Krieg das Prinzip der Abhaltung der Wahlen in einem Rhythmus von zwei anstatt der üblichen vier Jahre. So erwarb sich das Land durch die Abhaltung von Wahlen im Zweijahresrhythmus den Titel des „Wahlweltmeisters“ (Petritsch 2001). Heute befinden wir uns am Westbalkan in einer Situation, in der die Art und Weise, wie und in welchen Kontexten Wahlen stattfinden, und die Legitimität der Wahlen, von ExpertInnen zunehmend in Frage gestellt werden (BiEPAG 2017). Viele vertreten die These, dass die am Westbalkan (am stärksten wohl in Serbien Montenegro und in

⁴ European Union Agency for Fundamental Rights, Antisemitism. Overview of data available in the European Union 2006–2016, November 2017.

⁵ <https://www.globsec.org/news/globsec-18-european-perspectives/>.

Bosnien und Herzegowina) zunehmend autoritär herrschenden Politiker mit Hilfe der politischen Parteien und der dazugehörigen Staatsapparate, den Wahlprozess (den Wahlkampf, die Auszählung der Stimmen sowie die Formierung der neuen Regierung) weitgehend kontrollieren, dominieren und bei Bedarf manipulieren, um zum gewünschten Ergebnis zu kommen. Damit büßen die Wahlen aus der Sicht der Opposition ihre Legitimität ein und werden zu Herrschaftsinstrumenten in Händen der dominanten politischen Parteien/Bewegungen. Zusammen mit einer starken Kontrolle der Exekutive, der Justiz und einer weitgehenden Kontrolle der Medien und des öffentlichen Raumes, ergibt dies ein Bild von zunehmend autoritär regierenden Regimen auf dem Balkan.

Eingriffe in die demokratischen Abläufe der Wahlen sagen zum einen viel über den Zustand der jeweiligen demokratischen Ordnung aus, sie haben aber auch direkte Folgen für die politische Praxis in den jeweiligen Ländern. Hier könnte man – aufbauend auf den Ergebnissen der Demokratiemessungen durch „Nations in Transit“ oder den „Bertelsmann Transformation Index“ – die These aufstellen, dass die in der Region des Westbalkans generell feststellbare Abnahme der Demokratiequalität, sich zu einem maßgeblichen Anteil durch die mangelnde Legitimität der Wahlprozesse und -ergebnisse erklären lässt.

Eines der besten rezenten Beispiele für die Kontrolle und Manipulation der Wahlen zum Zweck der Verfestigung und des Ausbaus der Herrschaft einer dominanten politischen Partei und ihres Leaders, ist Serbien in den 2010er Jahren. Seit Beginn der 2010er Jahre fanden in Serbien alle zwei Jahre Parlamentswahlen statt (2012, 2014 und 2016) und zweimal wurde der Präsidenten der Republik (2012 und 2017) gewählt. Die beiden Parlamentswahlen im Jahr 2014 und 2016 waren vorgezogene Neuwahlen, die von Präsident Aleksander Vucic, dem starken Mann der serbischen Politik ausgerufen wurden, um – wie er meinte – „für stabile Verhältnisse zu sorgen“. Hier könnte man durchaus argumentieren, dass die vorzeitige Ausrufung der Wahlen zu einem politischen Mittel wurde, um die Macht des Regimes auszubauen und der dominanten politischen Partei in den Augen ihrer Anhänger und breiter Bevölkerungsschichten die Legitimität zu verleihen.

Die von den Wahlen abgeleitete Machtlegitimation ermöglichte Aleksandar Vucic eine zunehmende Ausweitung seiner Herrschaft. Der Premierminister (in Serbien ist es derzeit Ana Brnabic) wurde zu einer Art Medveded-Figur degradiert; a la longue verwandelte Vucic Serbien in ein de facto präsidentielles System, ähnlich wie es Erdogan in der Türkei machte (siehe oben). Die Eckpunkte des Systems „Vucic“ sind schnell umschrieben: Einerseits ist es eine stramm organisierte und geführte Serbische Fortschrittspartei (SNS), die Vucic zu einer disziplinierten, gehorsamen und klientelistisch strukturierten Machtmaschinerie ausgebaut hat, die alle Bereiche der Gesellschaft dominiert, Arbeitsplätze und

Privilegien garantiert und stets gut orchestriert den Druck auf politische Gegner ausübt. Andererseits ist es die erzeugte Stimmung eines permanenten Wahlkampfes, die mit der weitgehenden Beherrschung des öffentlichen Raumes und mit einem starken medialen Druck auf unabhängige und kritische Medien und Journalisten und Öffentlichkeit einhergeht. Zu diesen beiden Bestandteilen des Systems kommt in Serbien die Rhetorik der Bedrohung und der Feindseligkeit von außen, sei es von Nachbarstaaten wie Kroatien oder dem Kosovo oder vom zum Klischee stilisierten „Westen“, hinzu. In einer so dominierten Öffentlichkeit und mit weitreichenden finanziellen Ressourcen ausgestattet lassen sich Wahlen steuern und relativ leicht gewinnen.

Interessant und relevant für den autoritären Populismus ist die symbolische Ebene der politischen Kommunikation, auf der Vucic sehr geschickt, die offensichtlich vorhandene Sehnsucht der Mehrheit der serbischen Bevölkerung nach einem starken Mann an der Spitze des Staates bedient. Verbunden wird dies mit der Botschaft, dass die demokratischen Prozesse und Ausverhandlungsmechanismen zu komplex und oft wenig effizient sind. Damit wird ein Diskurs bedient, der Pragmatismus, Effizienz und gut gemanagte aber stramme Staatsführung zur höchsten Tugend erhebt.

Gerade hinsichtlich des Umgangs mit Wahlen gibt es große Ähnlichkeiten zwischen dem System „Vucic“ in Serbien, dem System „Djukanovic“ in Montenegro oder dem System „Dodik“ in der Republika Srpska oder „Izetbegovic“ im mehrheitlich bosniakisch besiedelten Teil von Bosnien und Herzegowina. Am illustrativsten ist da sicherlich die Machterhaltungsstrategie von Milo Djukanovic in Montenegro. Im April 2018 gewann Milo Djukanovic, mit einer dem serbischen Fall ähnlichen Mischung aus Kontrolle der Wahlprozesse und der Beherrschung des Staates und des öffentlichen Raumes durch seine Partei, die Wahl zum Präsidenten Montenegros bereits im ersten Wahlgang. Djukanovic, der seit 1991 in wechselnden Positionen an der Spitze des montenegrinischen Staates und seiner Partei stand, gilt damit als der am längsten dienende „demokratisch“ gewählte Herrscher Europas.

Am Westbalkan gibt es aber auch ein anderes Beispiel, wo die Wahlen zusammen mit anderen Faktoren zu einer positiven Veränderung in Staat und Gesellschaft geführt haben, nämlich Mazedonien. Das mazedonische Beispiel zeigt, dass auch in einem Zeitalter, wo sich in Ost- und Südosteuropa zunehmend autoritäre Tendenzen im Regieren zeigen, Wahlen dennoch eine wichtige „arena of contestation“ (Schedler 2015) bleiben (können). Der langjährige Premierminister Mazedoniens und der Parteichef der konservativ-nationalen VMRO-DPMNE, Nikola Gruevski, baute seit 2006 ein zunehmend autoritäres System auf. Wichtigster Opponent waren die Sozialdemokraten. 2015 schlitterte Mazedonien in eine politische Krise, in der die EU eine wichtige Vermittlerrolle einnahm und Druck auf das Regime Gruevski ausübte. Gruevski und seine VMRO-DPMNE wurden gezwungen, die Wählerlistengestaltung transparent zu machen und einen politischen Wettbewerb nicht zu verunmögli-

chen. Bei der Wahl selbst setzte sich dann mit knapper Mehrheit doch noch die VMRO-DPMNE als stimmenstärkste Partei durch. Der Sozialdemokratischen Partei Mazedoniens mit Zoran Zaev an der Spitze gelang es aber, eine tragfähige Parlamentsmehrheit zusammen zu bekommen und so die neue Regierung zu bilden. Das alte Regime wehrte sich zu Beginn sogar mit gewaltsamen Mitteln. Am 27. April 2017 stürmte nach der Wahl des neuen Parlamentssprechers ein von den VMRO-DPMNE-Strukturen orchestrierter Mob das Parlament in Skopje, verletzte den Parteichef der Sozialdemokratischen Partei Mazedoniens Zoran Zaev und weitere Parlamentarier und brachte Mazedonien an den Rand der Explosion der Gewalt. Mit Interventionen aus den USA und der der EU gelang schließlich der demokratische Machtwechsel. Letztlich bleibt aber trotz dieser positiven demokratischen Entwicklung in Mazedonien, die Region des Westbalkans vom Trend der zunehmend autoritär regierenden Regime maßgeblich geprägt.

Quellen

Balkans in Europe Policy Advisory Group (BiEPAG), *The Crisis of Democracy in the Western Balkans. Authoritarianism and EU Stabilitocracy*, Belgrade 2017.

Diamond, Larry J.: Thinking about hybrid regimes. In: *Journal of Democracy* 13, no. 2: 21–35. 2002

Diamond, Larry J.: The democratic rollback: The resurgence of the predatory state. *Foreign Affairs* 30, no. 5: 36–48. 2008

Esen, Berk and Sebnem Gumuscu: Turkey: How the Coup Failed, *Journal of Democracy* 28, no. 1: 59–73. 2017

Ignatieff, Michael: New World Disorder. In: *New York Review of Books* 25 (2014), <http://www.nybooks.com/articles/2014/09/25/new-world-disorder/>

Levitsky, S. and Way, L.A.: *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War*. Cambridge 2010

Petritsch, Wolfgang: *Bosnien und Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?*, Klagenfurt/Celovec 2001

Schedler, Andreas: *The Politics of Uncertainty Sustaining and Subverting Electoral Authoritarianism*, Oxford 2013